

Mein Vorschlag zum Bearbeiten des offline „Kandidat-O-Mat“:

Drucken sie diese Tabelle aus.

Knicken sie dann an der gestrichelten Linie um.

Gehen sie die Fragen durch und machen sich nach jeder Antwort mit einem Stift eine Tendenz:

+ stimme ich eher zu, - für lehne ich eher ab, = für keine Meinung und ein ? für weiß ich zu nix.

Klappen sie dann den Rest wieder auf und Lesen pro Frage die Antworten durch.

Auswertung: Sie können: Entweder bei den Kandidaten eine Kreuz machen, bei denen sie die Antwort gut finden oder auch hier mit +, - und = arbeiten.

Vielleicht entdecken Sie so schon eine Tendenz.

Wenn sie einen numerischen Wert haben wollen, können sie unten in der Fußzeile notieren wie oft sie ein Kreuz oder + gemacht haben und dies addieren, wenn sie dies für alle Kandidaten mache, erfahren sie ihren Wert.

Hinweise: Diese Übersicht kann nur ein kurzer Überblick sein um sich zu ausgewählten Fragen schnell zu informieren. Bitte nutzen sie auch die anderen Informationsangebote, etwa Podiumsdiskussionen, die Website der Kandidaten, das Angebot der Badischen Zeitung oder die Sammlung auf: <https://www.ob-wahl-freiburg.de/>. Diese Übersicht ersetzt nicht selber zu denken. Insbesondere würde ich mich nicht auf einen reinen numerischen Wert verlassen.

Dieser offline Kandidat-O-Mat beruht auf den Antworten, die die Kandidaten der Landeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Freiburg gegeben haben. Aufgrund des Rückzugs von Dieter Salomon, wurde dann kein Online Kandidat-O-Mat erstellt. Ich habe diese Übersicht in meiner Freizeit aus den veröffentlichten Antworten der drei wichtigsten Kandidaten erarbeitet, auch weil mich immer wieder Bekannte gefragt haben, wen sie wählen sollen. Neben Dieter Salomon, Monika Stein und Martin Horn kandidieren Stephan Wermter, Andreas Behringer und Manfred Kröber, als Privatperson habe ich keine Verpflichtung alle Teilnehmenden abzubilden und mich deshalb rein auf die drei aussichtsreichsten Kandidaten beschränkt.

Bei Rückfragen: Sebastian Müller, 9.4.2018, samueller@gmx.de, samueller.de

Kandiat-o-Mat zum Selberausfüllen

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
1	Die Gebühren für Kitas sollen erhöht werden		Neutral - derzeit neutral - Die Kitagebühren in Freiburg sind sozial gestaffelt, fast 50 Prozent der Eltern bekommen die Gebühren erlassen oder reduziert. Wir wollen auch weiterhin eine qualitativ gute Betreuung, einen guten Personalschlüssel und gutes Kitaessen. Gleichzeitig müssen wir die Zahl der Kitaplätze ausbauen, weil immer mehr Kinder in Freiburg geboren werden. Da die große Koalition vereinbart hat, die Finanzierung der Kitaplätze zu ändern, müssen wir abwarten, was genau umgesetzt werden soll. Solange sich vom Gesetzgeber her strukturell nichts ändert, müssen wir dementsprechend Kitagebühren erheben, so dass wir die Angebote in guter Qualität anbieten können.	Nein - Kitabesuch muss für alle möglich sein – und es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ob das Kind in den Genuss einer Kita kommen kann. Eltern haben sowieso durch die Freiburger Mieten und durch etliche andere Gebühren und durch die Versorgung der Kinder eine große finanzielle Last zu tragen. Kita darf da nicht noch verschärfend hinzukommen – ich will, dass kein Kind aus finanziellen Erwägungen nicht die Kita besucht.	Nein - Klares Votum: Mit mir wird es keine Gebührenerhöhung geben! Ich stehe für eine Reduzierung der Kita-Gebühren und werde mich aktiv für eine Abschaffung einsetzen - vor allem auch auf Landes- und Bundesbene.	
2	Investitionen haben Vorrang vor Schuldenabbau.		Neutral - Investitionen sind sinnvoll, um die Zukunftsfähigkeit der Kommune zu gewährleisten. Sämtliche Straßenbahnprojekte der letzten Jahre konnten z.B. umgesetzt werden, weil es dafür Zuschüsse von Bund und Land gab. Außerdem können Investitionen in die kommunale Infrastruktur während einer Niedrigzinsphase durchaus zu einem Schuldenabbau in der Gesamtbilanz führen. Generell ist und bleibt es langfristig mein Ziel, Schulden abzubauen.	Ja - Es kommt auf die Investitionen an. In Schulen und Sporthallen, Verkehrsinfrastruktur zu investieren ist sehr sinnvoll und das nicht Investieren würde hohe Folgekosten verursachen. In den letzten Jahren wurde in diesen Bereichen zu wenig investiert, so dass Etliches notwendig ist. In guten wirtschaftlichen Zeiten wie momentan können aufgrund von niedrigen Zinsen Investitionen mit Schuldenaufnahme gemacht werden. Andererseits sollten in Zeiten von sprudelnden Steuereinnahmen auch Schulden vermindert werden.	Ja - Allerdings nur punktuell: Zum Beispiel für dringend notwendige Investitionen in Schule und Turnhallen. Ob Neubau oder Sanierung - gute Schulhäuser ermöglichen auch gute Bildung. Außerdem sind die Zinsen niedrig, diese günstige Gelegenheit für Investitionen muss man aktuell nutzen.	
3	Der Christopher Street Day (CSD) soll von der Stadt finanziell unterstützt werden		Nein - Die Veranstaltung setzt ein wichtiges Signal gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung, das inhaltlich von der Stadt unterstützt wird. Die Initiative finanziert die Parade stets unabhängig von der Stadt.	Nein - Der CSD soll unabhängig von der Stadt bleiben können. Daher braucht er keine große finanzielle Unterstützung, aber es sollen ihm – wie auch anderen politischen Demonstrationen oder auch dem Rosenmontagsumzug – keine Reinigungskosten in Rechnung gestellt werden. Die Stadt sollte um die CSD-Parade herum die Regenbogenfahne gehisst lassen, um die Unterstützung der Anliegen des CSD deutlich zu machen.	Ja - Die Stadt muss sich aktiv für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung einsetzen. Hierfür ist der CSD ein gute Möglichkeit.	
4	Die Stadt soll Maßnahmen ergreifen, um das Bevölkerungswachstum in Freiburg zu verringern.		Nein - Wir leben in einem freien Land. Deshalb ist der Zuzug nach Freiburg nicht steuerbar und auch die Geburtenrate kann von der Stadt nicht direkt beeinflusst werden. Mehr Kinder sind im Gegenteil ein Ausweis einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Der Geburtenrekord 2017 ist erfreulich, weil eine junge Stadt auch eine lebendige Stadt ist. Vermutlich ist der Anstieg der Geburtenzahlen auch ein Ergebnis des konsequenten Ausbaus der Kinderbetreuungsinfrastruktur der letzten Jahre.	Nein - Es darf keine Mauer um Freiburg geben – und Menschen, die in Freiburg leben, aber derzeit Probleme haben, eine Wohnung zu finden, dürfen nicht aus Freiburg gedrängt werden. Sie gehören auch zu Freiburg – es sei denn, sie wollen selbst aus Freiburg wegziehen.	Neutral - Freiburg wächst bereits von innen heraus, nicht nur durch Zuzug. 2018 erwarten wir einen Geburtenrekord. Zudem wachsen wir durch Freiburgs Attraktivität. Es geht um gesundes Wachstum, mit ausreichend Kitas, Wohnraum und ÖPNV bei gleichzeitigem Erhalt der grünen Lungen der Stadt.	

No	Meine Tendenz	Dieter Salomon + - =	Monika Stein + - =	Martin Horn + - =	Wer mit am ehesten zusagt
4		Neutral - Wir haben den sogenannten Achter-Rat, der die kommunalpolitischen Jugendthemen diskutiert und weitertransportiert. Der Austausch mit dieser jugendpolitischen Einrichtung klappt gut. Die jetzige Struktur des Achter-Rates hat den Jugendgemeinderat abgelöst und sollte beibehalten werden.	Neutral - Gesetzlich ist festgelegt, dass ein Jugendgemeinderat eingerichtet werden muss, wenn 200 Jugendliche dies fordern. Dies ist gut so. Gleichzeitig gibt es das Wahlrecht ab 16, so dass bei den Kommunalwahlen mehr Jugendliche ab 18 und junge Freiburg*innen in den Gemeinderat gewählt werden könnten. Freiburg ist im Schnitt 39,7 Jahre alt und damit die jüngste Stadt Deutschlands. Der derzeitige Gemeinderat ist etwa 17 Jahre älter und repräsentiert somit nicht die Bevölkerung.	Ja - In der jüngsten Stadt Deutschlands müssen junge Menschen direkter in kommunalpolitische Prozesse einbezogen werden. Daher befürworte ich einen JGR. Allerdings muss dieser ein neues Format erhalten, um echte Mitsprache zu ermöglichen. Ich möchte mit Jugendlichen diskutieren und ihnen eine Stimme geben.	
5		Nein - Die Gewerbesteuer ist eine wichtige Einnahme für den Gesamthaushalt der Stadt. Die Unternehmen tragen so zu einer Finanzierung des Gemeinwesens mit bei. Insbesondere der Ausbau der städtischen Infrastruktur (Straßen, Brücken, Schulen) kann so gewährleistet werden. Davon profitieren wiederum die Unternehmen. 2017 ist die Gewerbesteuer auf Antrag des Gemeinderates erst erhöht worden.	Nein - die Gewerbesteuer soll nicht gesenkt werden. Freiburg braucht die Steuereinnahmen um Infrastruktur und Dienstleistungen zu finanzieren. Die Sanierung von Schulen, Sporthallen und Verkehrswegen oder auch der Bau neuer Kindertagesstätten lässt sich nur dadurch vorantreiben. Dies erhöht die Attraktivität der Stadt und kommt auch den Unternehmen zugute.	Neutral - Die Gewerbesteuer ist eine zentrale Einnahmequelle für die Infrastruktur Freiburgs (Schulsanierungen, Kinderbetreuung, Nahverkehr). Deswegen können wir sie nicht senken, sollten sie aber keineswegs erhöhen! Freiburg muss für Unternehmen noch attraktiver werden, bspw. durch Förderung von Start-Ups.	
6		Ja - Eine bessere Bezahlung wäre eine wichtige Anerkennung für die wertvolle Arbeit der Erzieher und Erzieherinnen, die momentan ganz klar unterbezahlt sind. Da wir Schwierigkeiten haben, offene Stellen zu besetzen, könnten bessere Rahmenbedingungen auch dazu motivieren, sich für den Beruf zu entscheiden. Über die Bezahlung von Erziehern und Erzieherinnen entscheidet allerdings nicht die Stadt, sondern die Tarifpartner bei den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes.	Ja - Langfristig werden wir es nur schaffen, genügend Erzieher*innen für die Kitas zu bekommen, wenn der Beruf auch finanziell attraktiver gestaltet wird. Allerdings müssen wir auch die Ausbildungsplätze schaffen, die benötigt werden. Daher setze ich mich dafür ein, dass auch bei den freien Trägern PIA im 1. Ausbildungsjahr nicht angerechnet werden – damit auch die freien Träger mehr PIA-Plätze anbieten und wir in Zukunft genügend Erzieher*innen haben werden!	Ja - Diese verantwortungsvolle, herausfordernde und vielseitige Tätigkeit verdient mehr Anerkennung - auch finanziell! Wie soll sich ein*e Erzieher*in in Freiburg momentan eine Wohnung leisten? Durch PIA-Stellen können wir z.B. einen direkten Beitrag zur besseren Bezahlung leisten.	
7		Ja - Dort, wo neue Wohnbauprojekte entstehen, werden auch generationenübergreifende Konzepte berücksichtigt. Das war unter anderem im Stadtteil Vauban so. Es ist eine Wohnform der Zukunft und sollte unterstützt werden, denn wenn Jung und Alt zusammen wohnen, profitieren alle davon. Auch das Mehrgenerationenhaus in Weingarten ist ein gutes Beispiel dafür.	Ja - Generationenübergreifende Wohnprojekte können für alle Beteiligten ein Gewinn sein. In den letzten Jahren gab es einige Vorschläge von Initiativen, die Konzepte entwickelt haben. Die Stadt Freiburg sollte sie, wie auch andere innovative und experimentelle Wohnformen, bei der Suche nach geeigneten Standorten unterstützen.	Ja - Eine gesunde Stadtgesellschaft lebt vom Zusammenwirken von Jung und Alt. Dafür sind attraktive generationsübergreifende Wohnprojekte ein wichtiger Ansatz. Hier können beide Altersgruppen voneinander lernen, das führt zu mehr Respekt und stärkt den sozialen Zusammenhalt.	
8		Ja - Prinzipiell sollte der Sonntag nicht kommerzialisiert werden, sondern für Zeit und Muße mit Familie und Freunden da sein. Wenn es das Bedürfnis für einzelne wenige verkaufsoffene Sonntage gibt, zum Beispiel in Verknüpfung mit speziellen Ereignissen, sollte man es zulassen.	Neutral - Arbeitnehmer*innen haben ein Recht auf arbeitsfreie Tage. Wir leben in einer Zeit mit Tendenz zur wirtschaftlichen Beschleunigung und Konsum nimmt zunehmend mehr Raum ein. Gleichzeitig gibt es viele Berufsgruppen, die sonn- und feiertags arbeiten – und verkaufsoffene Sonntage bedeuten mehr Steuereinnahmen.	Nein - Keine Frage, für mich ist Sonntag ein besonderer Tag! Verkaufsoffene Sonntage dürfen auf keinen Fall Normalität werden. Denkbar wäre evtl. eine einmalige Ausnahme im Rahmen des Stadtjubiläums. Der Sonntag soll auch weiterhin seinen besonderen und ruhigen Stellenwert behalten.	
9		Nein - So etwas in der Art gibt es schon seit 2015, nämlich die Jugendberufsagentur „Gleis25“ am Hauptbahnhof. Das ist eine Beratungsstelle der Stadt zusammen mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter, die jungen Menschen bis 25 Jahre in Sachen Schulabschluss, Berufssuche und Ausbildungsfragen berät.	Ja - Für den Wohnungsmarkt ist es absolut sinnvoll: damit Auszubildende Unterstützung bei der Wohnungssuche und auch eine Lobby auf dem Wohnungsmarkt bekommen können. Für Unterstützung bei Schwierigkeiten mit Arbeitgeber*innen oder während der Ausbildung gibt es bereits einige Unterstützungssysteme. Diese müssen mit dieser Anlaufstelle vernetzt werden – oder umgekehrt. Ich bin ausserdem für den Bau eines Schüler*innen- und Azubis-Wohnheims in Freiburg	Ja - Wir brauchen mehr junge Menschen in Ausbildungsberufen - daher ist eine solche Anlaufstelle längst überfällig. Diese muss ansprechend, interaktiv und verständlich sein, um Interessierte und Auszubildende wirklich unterstützen zu können. Sowohl offline als auch online!	
10		Neutral - Straßensozialarbeit ist ein wichtiger Baustein des Hilfeangebots unseres Sozialdezernats und leistet wichtige Präventionsarbeit. Sollte das Angebot nicht ausreichen, muss man in der Gesamtschau mit anderen bestehenden Angeboten, auch der freien Träger, eine Abwägung treffen.	Ja - Unbedingt ja. Wir brauchen mehr Straßensozialarbeit. Diese erreicht Menschen, die Unterstützungsbedarf haben, niederschwellig. Sie kann Menschen miteinander ins Gespräch bringen, die dies sonst nicht tun würden. Zudem trägt sie zu einer sicheren Stimmung im öffentlichen Raum bei.	Ja - Straßensozialarbeit kann Menschen neue Alternativen aufzeigen und echte Hilfe bieten. Auch in Bezug auf Prävention von Kriminalität. Hier ist jeder Euro gut angelegt! Ich habe selbst als Kinder- und Jugendreferent gearbeitet und weiß, dass hier viel Potential liegt und wie wichtig diese Arbeit ist.	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
11	Der kommunale Vollzugsdienst soll erweitert werden.		Nein - Der kommunale Vollzugsdienst hat im Oktober mit elf Mann seine Arbeit aufgenommen. Die Erfahrungen bislang sind sehr gut, die Ergebnisse der Arbeit werden in den nächsten Monaten ausgewertet. Ich gehe fest davon aus, dass das Personal vorerst nicht erhöht werden muss.	Nein - Der Kommunale Vollzugsdienst ist wenige Monate ausgebildet, bewaffnet und soll Polizeiaufgaben erfüllen. Das kann nicht funktionieren. Wir brauchen mehr präventive Maßnahmen, um die Sicherheitsgefühl und das Wohlfühlen der Menschen sicherzustellen wie Straßensozialarbeit – nicht unsinnige Ausgaben für Uniformen und Menschen, die tagsüber im Hellen herumlaufen.	Neutral - Der kommunale Vollzugsdienst leistet einen wichtigen Beitrag, allerdings sollten wir keine zweite Polizei aufbauen. Hier muss klar unterschieden werden. Nach der Einführung 2017 möchte ich den Erfahrungsbericht abwarten. Eine vorherige Festlegung wäre ein Schnellschuss und alles andere als seriös.	
12	Neben dem Freizeichen (früher ArTik) soll es weitere selbstverwaltete Räumlichkeiten für Jugendliche geben.		Nein - Neben Freizeichen haben wir noch die KTS, die mit städtischem Mietzuschuss ein selbstverwaltetes Kulturprogramm anbietet. Momentan sehe ich keinen Bedarf für ein weiteres Projekt.	Ja - Selbstverwaltete Räumlichkeiten bieten Jugendlichen Freiraum zur Selbstverwirklichung und -entfaltung, zum VerantwortungÜbernehmen, kreativ Werden und um in der Gesellschaft zu partizipieren. Deshalb sollten selbstverwaltete Räumlichkeiten von der Stadt gefördert werden und auch aktiv in der Planung von neuen Stadtteilen berücksichtigt werden.	Ja - In Freiburg gibt es nach wie vor zu wenige Freiräume für junge Menschen – und das in der jüngsten Stadt Deutschlands! Bestehende Angebote müssen unterstützt werden und dort, wo es Bedarfe gibt, neue gefördert werden. Denn Jugend verdient Wertschätzung, Freiheit und braucht Platz!	
13	Dorfläden sollen von der Stadt gefördert werden.		Nein - In den freien Handel mischen wir uns als Kommune nicht ein. Unser Angebot an Stadtteilmärkten ist in Freiburg außerordentlich, dort hat man dezentral die Möglichkeit, frische, regionale Produkte zu kaufen.	Neutral	JA - Freiburg lebt von starken Stadtteilen! Und diese Stadtteile brauchen eine gute Infrastruktur, nicht nur im Zentrum. Daher finde ich Dorfläden prinzipiell unterstützenswert, allerdings müssen wir finanzielle Grenzen einhalten. Hier sollten wir prüfen, wie wir Dorfläden individuell unterstützen können.	
14	Die Zahl der Mitarbeiter*innen in städtischen Ämtern soll erhöht werden.		Neutral - Dort, wo mehr Personal dringend gebraucht wird, z.B. bei Kitas oder bei der Schulkindbetreuung, muss aufgestockt werden. Hier gab es auch in den letzten Jahren, neben der Arbeit mit Geflüchteten, bereits den größten Stellenzuwachs. Die Stadt übernimmt immer mehr Aufgaben und in einer wachsenden Stadt braucht es zum Teil auch mehr Personal, um allein den Pflichtaufgaben nachzukommen.	Ja - Es gibt etliche städtische Ämter, in denen zu wenige Menschen beschäftigt sind, als dass die zu erledigenden Aufgaben abgearbeitet werden könnten. (Beispiel Baurechtsbehörde /Baudezernat) Dies führt zu Überforderung derjenigen, die dort beschäftigt sind, was zu erhöhtem Krankenstand, im schlimmsten Fall zu Burnout führen kann und damit zu weiteren Verzögerung bei der Bearbeitung der notwendigen Aufgaben.	Neutral - Eine wachsende Stadt braucht auch mehr Personal. Allerdings wünsche ich mir eine schlanke, effektive und freundliche Verwaltung. Es geht nicht um pauschale Forderungen, sondern um den individuellen Bedarf. Prinzipiell wünsche ich mir Vielfalt in der Verwaltung.	
15	Beratungsstellen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind, sollen stärker gefördert werden.		Neutral - Die Stadt bezuschusst zahlreiche Vereine und freie Träger, die Beratungsstellen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen anbieten. Das Frauen- und Kinderschutzhause wird gemeinsam mit den Landkreisen finanziert. Die Einrichtungen Wendepunkt und Wildwasser haben in den vergangenen Haushaltberatungen höhere Zuschüsse bekommen. Falls bei anderen Beratungsstellen weiterer Bedarf vorhanden ist, sollte die Stadt das professionelle Netz an Hilfen und Beratungen weiter stärken.	Ja - Mädchen und Frauen sind leider auch in Freiburg häufig von Gewalt betroffen. Dies betrifft Gewalt im öffentlichen Raum, aber deutlich häufiger häusliche Gewalt. Für die Betroffenen ist es sehr wichtig, dass sie Beratungsstellen haben, die sie in der akuten Situation auffangen und beraten, z.B. zur Polizei oder vor Gericht begleiten können, sie psychologisch beraten und begleiten können, manchmal einfach nur zuhören und vieles mehr.	Ja - Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist nicht akzeptierbar! Betroffene brauchen schnelle, unbürokratische Hilfe. Hier leistet u.a. die "Basler 8" tolle Arbeit. Die Nachfrage nach Beratungen steigt immer weiter an. Entsprechend müssen die Personalressourcen aufgestockt werden.	
16	Dieselfahrzeuge sollen im gesamten Stadtgebiet verboten werden.		Nein - Die in Freiburg gemessenen Belastungen gehen zurück und liegen nur noch knapp über dem Grenzwert. Um diesen einzuhalten und gleichzeitig Fahrverbote zu vermeiden, unternimmt Freiburg große Anstrengungen, z.B. in dem in der Stadt der Umweltverbund (Fuß, Rad Bus & Bahn) intensiv gefördert und in der Region der S-Bahnausbau mitfinanziert wird.	Neutral - Ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge würde arme Menschen und Gewerbetreibende ungleich härter treffen als Menschen mit einem großen Geldbeutel. Gleichzeitig ist die Gesundheitsgefahr, die von Dieselfahrzeugen ausgeht, nicht zu unterschätzen. Wir müssen es schaffen, dass generell der individuelle Autoverkehr deutlich zurückgeht – durch einen fahrscheinlosen ÖPNV, die Möglichkeit, sicherer mit dem Rad oder E-Bike unterwegs zu sein.	Nein - Feinstaub- und Luftverschmutzung darf nicht akzeptiert werden. Dieselfahrzeuge müssen sauberer werden und ich wünsche mir weniger Autoverkehr. Allerdings wäre ein pauschales Fahrverbot für tausende Menschen unfair. Die Bundespolitik muss die Autoindustrie dringend stärker in die Verantwortung nehmen.	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
17	Die Freiburger Stadtbau soll verstärkt selbst Sozialwohnungen bauen.		<p>Ja - Das macht sie bereits. Die Freiburger Stadtbau (FSB) ist mit ihrem Bestand von 11000 Wohnungen die größte Wohnbaugesellschaft in der Region und als kommunale Tochtergesellschaft explizit dem sozialen Auftrag verpflichtet, Wohnraum für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen zu bauen. Sie ist der günstigste Anbieter von Mietwohnungen: Die Mieten liegen im Schnitt 21 Prozent unter der durchschnittlichen Quadratmetermiete, bei geförderten Wohnungen im Neubau sogar 33 Prozent darunter. Und bei Neuvermietungen verzichtet die Stadtbau auf den gesetzlich möglichen Zuschlag von 10 Prozent über dem Mietspiegel. Damit hat sie auf die Mietpreisentwicklung in Freiburg insgesamt einen dämpfenden Einfluss. Auch im Jahr 2017 hat die FSB wieder mit den beiden großen Projekten in der Magdalena- Gerber-Straße im Neubaugebiet Gutleutmatten und in der Zita-Kaiser-Straße auf dem Güterbahnhofareal für den sozialen Wohnungsbau einen wesentlichen Beitrag geleistet. Allein in den nächsten sechs Jahren baut die FSB 2000 neue Wohnungen, davon zwei Drittel sozial geförderte. Neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der Instandhaltung und Modernisierung nimmt die Stadtbau weitere soziale und integrative Aufgaben wahr: Angefangen von barrierefreiem Wohnen über nachhaltiges Bauen, der Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete als auch die Schaffung von Wohneigentum, gutem maßgeschneiderten Service für die Mieterschaft und einer engen Kommunikation mit den Mieterinnen und Mietern. Um diesen Weg der sozialen Verantwortung weiterhin so gehen zu können, werden Gewinne nicht an die Stadt als Gesellschafterin abgeführt, sondern verbleiben als Stärkung des Eigenkapitals im Unternehmen. Dies ist die Grundlage für wichtige Investitionen und Projekte im sozialen Mietwohnungsbau. In den nächsten Jahren werden wir diesen Weg konsequent weiter gehen.</p>	<p>Ja - In Freiburg fehlt bezahlbarer Wohnraum für sehr viele Menschen. Um endlich dagegen angehen zu können, muss die Stadtbau sich auf ihren ursprünglichen Zweck besinnen und bezahlbare Mietwohnungen und Sozialwohnungen bauen.</p>	<p>Ja - Die Freiburger Stadtbau muss das Kerninstrument für bezahlbaren Wohnraum werden. Dafür werde ich als Oberbürgermeister und FSB-Aufsichtsratsvorsitzender sorgen. Es sollte nicht um Profit und fortlaufende Mieterhöhungen gehen, sondern um faire und preisstabile Angebote.</p>	
18	Die Dreisamufer sollen nach Bau des Stadttunnels weitgehend autofrei gestaltet werden.		<p>Ja - Durch den Stadttunnel werden die Dreisamuferstraßen entlastet, dann kann der verbleibende Verkehr oberirdisch auf einer Flussseite gebündelt werden, damit die Stadt näher an den Fluss heranrücken kann. Mit unserer Verkehrspolitik versuchen wir schon jetzt, den Autoverkehr in der Stadt zu reduzieren. Mit Erfolg: Aktuell legen 79 Prozent der Freiburgerinnen und Freiburger ihre Wege zu Fuß, mit dem Rad oder Straßenbahnen und Bussen zurück. Das ist bundesweit ein absoluter Spitzenwert und hilft uns enorm beim Einsparen von CO2. So können wir unsere ambitionierten Klimaziele erreichen und eine lebenswerte Stadt bleiben.</p>	<p>Ja. Wir müssen es durch eine intelligente Verkehrspolitik schaffen, dass weniger Autos in Freiburg unterwegs sind – damit der öffentliche Raum und auch der Straßenraum anders genutzt werden können. Anwohner*innen der B 31 müssen aber schon jetzt vor Lärm geschützt werden, wir dürfen nicht immer nur auf den Bau des Stadttunnels verweisen.</p>	<p>Ja - Verkehr raus - autofreies Dreisamufer rein!</p>	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
19	Der ÖPNV im Freiburger Stadtgebiet soll kostenlos sein.		<p>Nein - Der ÖPNV in Freiburg ist kostengünstig und attraktiv. Die RegioKarte gehört bundesweit zu den preiswertesten Tarifangeboten. Darüber hinaus gibt es für viele Fahrgäste weitere deutliche Vergünstigungen z.B. im Rahmen des SchülerAbos, Jobtickets oder Sozialtickets. Eine noch weitergehende Absenkung der ÖPNV-Tarife wäre nur möglich, wenn den Städten und Gemeinden zur Finanzierung der Defizite im ÖPNV die Mittel von Bund oder Land zur Verfügung gestellt werden. Für Freiburg würde das zirka 60 Millionen Euro bedeuten. In etwa die Summe, die wir insgesamt für Investitionen im städtischen Haushalt zur Verfügung haben.</p>	<p>Ja - Wir müssen uns auf den Weg zu einem fahrscheinlosen Nahverkehr machen. Damit erreichen wir eine Reduktion des Autoverkehrs, eine Steigerung der Mobilität für ärmere Menschen und machen die Stadt attraktiv.</p>	<p>Neutral - Wir haben derzeit nicht ausreichend Busse, Bahnen und Personal, um einen kostenlosen ÖPNV umzusetzen. Ganz abgesehen von dem notwendigen Geld. Perspektivisch könnte dies durch eine Förderung von Bund oder Land realisiert werden. Es ist schade, dass die Stadt sich derzeit hierum wenig bemüht.</p>	
20	Die Stadt soll Privatpersonen beim Bau von Solaranlagen finanziell unterstützen.		<p>Neutral - Auch wenn die neue Bundesregierung ihre Klimaziele für 2020 aufgegeben hat und weltweit die klimaschädlichen CO2-Emissionen steigen, hält die Stadt an ihrem Klimaschutzziel unbeirrt fest und verschärft es sogar. So beschloss der Gemeinderat 2014 einstimmig, die Emissionen bis zum Jahr 2030 zu halbieren und bis 2050 ganz auf null zu stellen. Bezugswert sind die CO2-Emissionen des Jahres 1992. Um langfristige Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Energieverbrauch im Gebäudesektor drastisch gesenkt werden. Dazu ist es nötig, dass mehr Gebäude als bisher energetisch saniert werden, wobei die Sanierungsquote auf 2% pro Jahr erhöht werden soll. Daher unterstützt die Stadt Freiburg seit 2002 private Hausbesitzer mit finanziellen Zuschüssen bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden im Stadtgebiet. Ziel ist die Einsparung von Heizenergie im Altbaubestand und eine sich daraus ergebende Reduzierung der CO2-Emissionen. Das Programm umfasst sechs Bausteine: Wärmedämmung, Fördermittelberatung, Umweltfreundliche Heizung, Energiemanagementsystem für Heizungen, Beratungen und Planungen für Blockheizkraftwerke sowie Batteriespeicher für Photovoltaik-Anlagen. Dabei werden Batteriespeichersysteme bei der erstmaligen Errichtung von PV-Anlagen gefördert. Der Zuschuss beträgt max. 2.000 €. Dazu bietet die Stadt kostenlose Beratungen an. Reine Photovoltaikanlagen sind mittlerweile so günstig, dass sie nicht mehr bezuschusst werden müssen.</p>	<p>Ja - Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen wir den Ausbau von regenerativen Energien auch von Seiten der Stadt unterstützen.</p>	<p>Ja - Erneuerbare Energien haben noch viel mehr Potential. Es gibt bereits Förderprogramme (kommunale wie auch externe wie z.B. KfW). Externe Förderungen sollten besser beworben werden, um städtische Gelder zu sparen. Wir brauchen daher eher eine gute PR-Strategie und Öffentlichkeitsarbeit.</p>	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
21	Die 50%-Quote für sozialen Mietwohnungsbau soll wieder gesenkt werden.		Ja - Eine der größten Herausforderungen für die Stadt Freiburg ist die Schaffung von ausreichend bezahlbarem und gefördertem Wohnungsbau – das ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Mit der 50%-Quote haben wir uns allerdings keinen Gefallen getan, auch wenn das Ziel eigentlich ein gutes war. Mit dieser Quote werden wir nicht mehr sozialen Wohnungsbau erreichen. Im Gegenteil: Wie soll man einen privaten Investor dazu bringen, geförderten Mietwohnungsbau zu machen, wenn sich dieser nicht rechnet, weil er durch die restlichen 50 Prozent Eigentumswohnungsbau subventioniert werden muss. In der Regel reicht dies auch nicht aus. Deswegen brauchen wir eine gemäßigte Quote (wie bundesweit üblich von 30 %), die sich auch für den Bauherren lohnt, sonst verhindern wir den Neubau von Wohnungen. Anders ist das bei eigenen städtischen Grundstücken und wenn wir als Stadt selbst bauen – mit unserer städtischen Wohnungsgesellschaft Freiburger Stadtbau. Da können es in Einzelfällen auch 100 Prozent sozialer Wohnungsbau sein, wie z.B. in Haslach bei der ECA-Siedlung.	Nein - Auf keinen Fall. Sie muss endlich konsequent umgesetzt werden, damit bezahlbarer Wohnraum entsteht. Dafür, dass dies sich auch für Investor*innen rechnet, ist das Neubaugebiet Kronenmühlenbach das beste Beispiel.	Nein - Ein Großteil der Freiburger Bevölkerung hat ein Anrecht auf eine geförderte Wohnung: Für einen Single-Haushalt gilt dies bis zu 47.600 Euro (brutto), bei Familien erhöhen sich die Beträge entsprechend (Förderprogramm Wohnungsbau BW). Daher stehe ich zum 50%-Beschluss des Gemeinderates.	
22	Die Stadt soll Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet ausweiten.		Ja - Circa 90 % der Freiburger und Freiburgerinnen leben mittlerweile in Straßen mit einem Tempolimit von 30 km/h oder weniger. Aus Gründen des Lärm- und Umweltschutzes sowie der Verkehrssicherheit und damit letztendlich der urbanen Lebensqualität ist eine weitere Verkehrsberuhigung sinnvoll. Geschwindigkeitsbegrenzungen müssen aber in ein Gesamtkonzept eingebunden sein. Hier gilt es die rechtlichen Möglichkeiten zu beachten und neben Umweltaspekten auch Verlagerungseffekte im Blick zu behalten.	Ja - Überall, wo es rechtlich möglich ist, soll im Stadtgebiet Tempo 30 eingeführt werden. Das vermindert die Gefahr schwerster Verletzungen bei Unfällen und macht die Teilnahme am Verkehr für die Schwächsten (Fußgänger*innen und Radler*innen) sicherer. Zudem verringert es die Lärmbelastung für die Anwohner*innen.	Ja - Insbesondere an sensiblen Orten wie Schulen, Kindergärten und Spielplätzen.	
23	Die VAG soll die jetzigen Busse durch Elektrobusse ersetzen.		Ja - Die VAG wird im Rahmen der kontinuierlichen Erneuerung der Flotte die Busse Schritt für Schritt auf E-Busse umstellen. Sobald es von der Bunderegierung Zuschüsse für die Umrüstung auf E-Mobilität gibt, kann die Flotte noch schneller umgerüstet werden.	Ja - Die VAG hat derzeit 62 Busse. Eine Umstellung aller Busse auf Elektroantrieb oder andere umweltfreundliche Antriebsarten ist daher sicher nicht sofort möglich und sollte auch wirtschaftlich sinnvoll sein. Dabei wäre eine Umrüstung der bisherigen Fahrzeuge statt einer Anschaffung neuer Fahrzeuge die umweltfreundlichere Variante. Eine erste elektrische Buslinie ist jetzt schon in Planung. Es darf nicht bei Pilotprojekten bleiben, denn nur eine umfassende Umrüstung trägt spürbar zur Minderung von Emissionen bei.	Ja - Nachhaltigkeit bedeutet nicht, alles Alte sofort zu ersetzen. Allerdings ist eine perspektivische Verlagerung auf Elektrobusse mein erklärtes Ziel. Die jetzige Flotte sollte nach und nach umgestellt werden, gerade durch Ausnutzung aktueller Fördermöglichkeiten. Hier können wir viel Geld sparen!	
24	Ein öffentliches Parkhaus nahe der Johanneskirche soll gebaut werden.		Neutral - Die Diskussion darüber, wie dieses Areal weiter entwickelt werden soll, steht noch aus. Aufgrund des sehr guten ÖPNV-Angebots in Freiburg und des bestehenden großen Angebots an Parkhäusern in der Innenstadt, ist der Bedarf zu hinterfragen.	Nein - Wir brauchen nicht noch ein Parkhaus an der Johanneskirche sondern müssen überlegen, was mit diesem Platz geschehen soll und wer welche Bedürfnisse im öffentlichen Raum hat.	Nein - Grundsätzlich wäre das wünschenswert, aber hierfür brauchen wir ein städtebauliches Gesamtkonzept. Zudem setze ich eher auf Parkhäuser und Park&Ride Parkplätze im Außenbereich, um bereits dort einen Umstieg auf die Straßenbahn anzubieten und den Autoverkehr in der Innenstadt zu minimieren.	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
25	Waldflächen im Mooswald sollen mit Wohnungen bebaut werden.		Nein - Die Verwaltung hatte ursprünglich eine Fläche im Mooswald mit zusammen vier weiteren für Wohnungsbau vorgesehen, genau in der Zeit, als sehr viele Geflüchtete nach Freiburg kamen und schnelle Lösungen gesucht wurden. In der aktuellen Abwägung der Flächen bin ich aber gegen die Mooswald-Fläche, weil auf anderen potentiellen und unbedenklicheren Flächen wie in Zähringen und im Stühlinger fast doppelt so viel Bebauung möglich ist, als zunächst berechnet wurde. Zudem hat sich die Flüchtlingssituation entspannt. Wir wollen mit Augenmaß bauen und nicht überall, wo es theoretisch möglich ist. Schlussendlich wird aber der Gemeinderat über das Paket für potentielle Flächen entscheiden, nach einem Verfahren, das wir verabredet hatten.	Nein - Waldflächen und Grünflächen müssen soweit wie möglich von der Bebauung ausgenommen werden. Allerdings haben wir in Freiburg einen so großen Mangel an Wohnraum (besonders an bezahlbarem!), dass wir es uns nicht leisten können, dem Gutachten über die 5 ProWo-Flächen, von denen eine im Mooswald liegt, vorzugreifen. Sobald wir das Gutachten vorliegen haben, können wir sinnvoll beschließen. Generell gilt aber: keine Bebauung, ohne dass preiswerter Wohnraum geschaffen wird! Daher muss der 50% Beschluss des Gemeinderats überall umgesetzt werden.	Nein - Mit mir wird es keine Bebauung des Mooswaldes geben! Ich stehe zu meinem Wort.	
26	Es soll mehr Fahrradstraßen geben.		Neutral - Wir haben den Ausbau der Fahrradstraßen forciert und werden dort, wo es gewünscht und straßenverkehrsrechtlich möglich ist, einzelne Bevorrechtigungen für Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen einrichten.	Ja. Damit Fahrradfahrende sicher und schnell durch die Stadt kommen, brauchen wir eine Verbesserung der Radwege. Darunter fällt auch die Umgestaltung von Nebenstraßen in Fahrradstraßen, auf denen Radler*innen nebeneinander fahren können, auf denen langsamere und ungeübtere Radler*innen sicher unterwegs sein können und auf denen schnellere E-Bikes und E-Lastenräder genügend Platz haben.	Ja - Als Fahrradstadt brauchen wir ein neues Verkehrskonzept - mit dem Fokus auf ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger*innen. Wir brauchen mehr Fahrradstraßen!	
27	Die Stadt Freiburg soll Flächen für den Ausbau von Windkraftanlagen zur Verfügung stellen.		Ja - Ziel der Stadt ist es, den Anteil an Windenergie in Freiburg zu erhöhen. Dies ist durch den Ausbau bestehender Standorte mit größeren Windrädern möglich und durch neue Standorte. Ein gerade beschlossener Teilflächennutzungsplan sieht einen neuen Standort am nördlichen Schauinsland, dem Taubenkopf, vor. Die windreiche Fläche ist gut für Windkraftanlagen geeignet, auf der eine hohe Wirtschaftlichkeit erwartet wird. Im Idealfall ermöglicht der jetzt beschlossene Teilflächennutzungsplan sieben bis elf Windkraft-Anlagen in Freiburg. Diese mögliche Anzahl umfasst bereits ein sogenanntes Repowering, also das Ersetzen bestehender Anlagen durch neue am Roßkopf und an der Holzschlägermatte am Schauinsland. Damit wäre es theoretisch möglich, zwischen 56 und 89 Gigawattstunden Strom pro Jahr aus Windkraft zu erzeugen, so dass der Anteil am Stromverbrauch in Freiburg aus Windkraft von aktuell etwa 1 Prozent auf 9 Prozent gesteigert werden könnte.	Ja - Unser Ziel ist eine Stadt, die die Klimaziele erreicht. Dies schaffen wir nur durch einen Ausbau regenerativer Energien. Windkraftanlagen sollen dort gebaut werden dürfen, wo sie rentabel und verträglich für Menschen und Tiere stehen können.	ja - Wir können nicht gegen das Atomkraftwerk Fessenheim protestieren und den Ausbau von erneuerbaren Energien verzögern. Dies beziehe ich auf Windkraft, aber insbesondere auch auf Wasserkraft. Neben dem Neubau von Anlagen sollten wir auch schauen, wie wir bereits vorhandene noch effektiver machen.	
28	Alle Kreuzungen in Freiburg sollen barrierefrei ausgebaut werden.		Ja - Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum soll verbessert werden, weshalb auch das Budget hierfür bereits aufgestockt worden ist. Vorrangig umgebaut werden sollen die Innenstadt, Bushaltestellen und Ampeln, die für Blinde und Sehbehinderte nachgerüstet werden. Die Liste für Projekte hat das Garten- und Tiefbauamt mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen abgestimmt.	Ja - Eine inklusive Stadt sollte unser aller Ziel sein. Teilhabemöglichkeit aller Menschen am öffentlichen Leben bedeutet, dass es langfristig die Möglichkeit geben muss, dass Menschen auch mit körperlichen Einschränkungen alle Straßen überqueren können und keine großen Umwege in Kauf nehmen müssen.	Ja - Eindeutiges Ja!	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
29	Flächendeckendes W-LAN in der Innenstadt!		Ja - Es gibt momentan 17 Hotspots für freies W-LAN in der Innenstadt. Da die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer des mobilen WIFI stetig zunimmt, sollte das Netz ausgebaut werden.	Ja - Zusätzlich zum Breitbandnetzes ist auch ein öffentliches WLAN ein wichtiger Teil einer leistungsfähigen Kommunikationsstruktur. Es ist gerecht und zukunftsweisend, wenn alle Zugang zum Internet haben und eine öffentliche WLAN-Infrastruktur auch für datenintensive Dienste nutzen können. Auch die touristische Bedeutung muss meines Erachtens bedacht werden. Daher muss in der Innenstadt und an weiteren „Hotspots“ sowie in den Fahrzeugen der VAG eine schnelle, kabellose Internetverbindung möglich sein.	Ja - Die Region Freiburg liegt im Bereich Digitalisierung auf dem letzten Platz in Baden-Württemberg. Das werde ich ändern! Kostenfreies WLAN in der Innenstadt ist dafür nur ein Baustein von vielen. Ich werde schnell ein Digitalisierungskonzept für Freiburg auf den Weg bringen.	
30	Die Stadt soll mehr öffentliche Schnellladestationen für E-Autos bereitstellen.		Neutral - Grundsätzlich unterstützt und fördert die Stadt Freiburg die E-Mobilität, wo sie kann. Je mehr Autos vom Verbrennungsmotor hin zum Elektromotor wechseln, desto besser ist das fürs Klima und die Feinstaubwerte. Ich selbst fahre schon seit einiger Zeit als Dienstwagen einen Hybrid, der innerstädtisch fast ausschließlich mit Strom unterwegs ist. Aktuell sind wir dabei, die gesamte städtische Fahrzeugflotte umzurüsten, dafür wurden in jüngster Zeit mehrere Aufladestationen eingerichtet. Öffentliche Ladestationen für alle kann die Stadt aber nicht bereitstellen, das ist ein freier Markt, um den sich die gewerblichen Tankstellen kümmern. Aber ich freue mich, dass es hier auch vorangeht.	Ja - Damit E-Mobilität attraktiv wird, muss es auch öffentliche (Schnell-)Ladestationen geben. Diese sollen an Orten realisiert werden, an denen die E-Autos für den Ladevorgang gut stehen können und die Fahrenden einer Betätigung nachgehen können. Ich denke dabei an z.B. Park+Ride-Plätze, den Parkplatz an der Messe aber auch innenstadtnahe Parkflächen. Neben öffentlichen Orten eignen sich dazu aber auch private Stellplätze wie Garagen oder Parkplätze am Arbeitsplatz.	Ja - Die Zukunft liegt in der E-Mobilität. Hierfür müssen wir dringend die richtigen Weichen stellen.	
31	Das zweite Gebäude des Rathauses im Stühlinger soll gebaut werden.		Ja - Der Bau des zweiten Rathausgebäudes ist grundsätzlich beschlossen. Momentan laufen bei der Verwaltung die vorbereitenden Arbeiten für Planung und Entwurf. Der zweite Bauabschnitt wird etwa genauso groß wie der erste und soll 2024 fertig sein.	Ja - Der zweite Bauabschnitt wäre die logische Fortsetzung des ersten, so dass endlich der Großteil der städtischen Mitarbeiter*innen im neuen Rathaus arbeiten könnte. Allerdings muss es finanziell darstellbar sein, ohne Schönrechnerei muss der Vorteil für die Finanzen Freiburgs überwiegen. Für die Mitarbeiter*innen ist es größtenteils vorteilhaft, in einem großen Campus zusammen zu arbeiten und nicht verteilt über die Stadt.	Ja - Die Stadtverwaltung ist momentan in vielen verschiedenen Gebäuden untergebracht. Diese sind teilweise teuer angemietet oder auch stark renovierungsbedürftig. Zudem macht die Zerstückelung Absprachen oftmals unnötig kompliziert. Aber: Es darf nicht um einen Prestigebau gehen.	
32	Alle öffentlichen Gebäude der Stadt sollen mit Solaranlagen ausgestattet werden.		Ja - Daran arbeiten wir erfolgreich seit Jahren, die Aufrüstung aller öffentlichen Gebäude geht aber nicht von heute auf morgen. Es gibt historische und denkmalgeschützte Häuser, deren Umrüstung sehr schwierig ist. Grundsätzlich haben wir in den letzten Jahren überall dort, wo die Statik der Dächer es ermöglicht, auf öffentlichen Gebäuden (insbesondere Schulen und Kitas) selbst oder mit Privaten Solaranlagen installiert. Für private Hausbesitzer haben wir flächendeckend die Möglichkeiten ihrer Dächer analysiert und ihnen die Daten zur Verfügung gestellt. Aktuell läuft das Programm „Dein Dach kann mehr!“. Zudem wurden seit Jahren private Hausbesitzer finanziell und mit kompetenter Beratung dabei unterstützt, möglichst viele Wohnhäuser in Freiburg energetisch auf den neuesten Stand zu bringen.	Ja, wir brauchen mehr Solaranlagen – überall dort, wo es sinnvoll ist, Ertrag garantiert ist und der Denkmalschutz es erlaubt. Wir wollen, dass Freiburg seine Klimaziele erreicht. Dafür brauchen wir dringend einen Ausbau regenerativer Energien – und die Stadt sollte eine Vorreiterin sein!	Ja - Dort wo es Sinn macht, sollten wir Solaranlagen einsetzen. Allerdings nicht auf historischen Bauwerken. Denn Freiburg darf hier nicht seinen einzigartigen Charme verlieren.	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
33	Öffentliche Plätze sollen videoüberwacht werden.		Neutral - Ich bin gegen eine flächendeckende Überwachung der Innenstädte, der Schutz der Privatsphäre ist viel zu wichtig. Aber wir sind derzeit in enger Zusammenarbeit mit der Polizei dabei, die rechtlichen Grundlagen für die Installation von Kameras an vier Brennpunkten in der Innenstadt zu schaffen, an denen es zu überdurchschnittlich vielen Straftaten kommt. Das sind vor allem das Bermudadreieck und zwei Parkanlagen, in denen auch nachts niemand Angst haben soll. Und wir sollten bei allen nachvollziehbaren Bedenken gegen Videoüberwachung eines nicht vergessen: Der Täter, der die Studentin an der Dreisam ermordet hat, konnte nur gefasst werden, weil es die Aufnahme aus der Straßenbahnkamera gegeben hat, sonst würde er vermutlich immer noch frei herumlaufen.	Nein - Videoüberwachung verhindert keine Gewalttaten, sie hilft allenfalls bei der Aufklärung. Es ist erwiesen, dass die Sicherheit nicht steigt, wenn Videoüberwachung eingeführt wird. Daher bin ich für präventive Maßnahmen, nicht für Geldverschwendung für Symbole, die die individuelle Freiheit vieler Menschen einschränken.	Nein - Ich bin gegen eine vollständige Videoüberwachung. Das widerspricht meinem Freiheitsverständnis und ist organisatorisch sowie finanziell schwer realisierbar. Dennoch setze ich mich für ein neues Sicherheitskonzept ein.	
34	Die Stadt sollte härter gegen die Menschen vorgehen, die illegal in Freiburg leben.		Nein - Dazu gibt es keinen Anlass. Abgesehen davon wären dafür Polizei und Land zuständig, das liegt nicht in unserem Verantwortungsbereich. Ich habe mich als Oberbürgermeister immer dafür eingesetzt, dass wir in Freiburg eine Willkommenskultur pflegen und Geflüchtete unterstützen, wo wir können. Die meisten geflüchteten Menschen haben gute Gründe, warum sie nach Deutschland gekommen sind und jeder Mensch soll hier anständig und menschenwürdig behandelt und soweit wie möglich auch unterstützt werden.	Nein - Freiburg sollte Sanctuary City werden, wie die Partnerstadt Madison in den USA dies ist. Das bedeutet, dass Kinder, deren Eltern illegalisiert sind, keine Angst mehr haben müssen, auf dem Heimweg von der Schule kontrolliert zu werden.	Neutral - Wer nach geltendem Recht und Gesetz kein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhält, muss unsere Gesellschaft leider verlassen. Hierfür sind Aufsichts- und Sicherheitsbehörden zuständig. Dabei geht es nicht um „mehr Härte“, sondern um einen respektvollen und fairen Umgang gehen.	
35	Es sollen von der Stadt Projekte an Schulen zur sexuellen Aufklärung mit Berücksichtigung lesbischer, schwuler, bisexueller, transgender und queerer Identitäten (LGBTQ) gefördert werden.		Ja - Es ist sinnvoll und wichtig, Aufklärungsarbeit an den Schulen zu leisten und gezielt Vorurteile abzubauen. Aber das passiert auch schon längst: Die Stadt fördert unter anderem den Verein Fluss e.V., der genau solche Projekte zur Toleranzförderung mit Unterrichtsbesuchen an Freiburger Schulen durchführt. Förderung bekommt außerdem beispielsweise die Rosa Hilfe oder der Rosekids e.V., in dem sich schwul-lesbische Jugendliche selbst organisieren.	Ja - Das preisgekrönte und deutschlandweit anerkannte Präventionsprojekt FLUSS leistet hervorragende Arbeit zu diesem Thema in und mit Schulklassen. Der Zuschuss, den der städtische Haushalt dafür vorsieht, soll keinesfalls gekürzt werden. LSBTTIQA* Menschen gehören genauso zu Freiburg wie alle anderen.	Ja - Ich stehe für eine weltoffene, soziale und faire Stadtpolitik und setze mich aktiv gegen alle Arten der Diskriminierung ein (inkl. geschlechtliche Orientierung). Entsprechende Aufklärungsprojekte, die aktiv für Akzeptanz und mehr Miteinander werben, sind gerade im schulischen Bereich wichtig.	
36	In der Innenstadt soll ein Rückzugsraum für obdachlose Menschen geschaffen werden.		Nein - che Räume gibt es bereits, und das ist auch richtig so, vor allem in den Wintermonaten. Mehrere Tagesräume stehen in verschiedenen Einrichtungen zur Verfügung, als Ergänzung zu den Unterkünften zum Übernachten. Es gibt Duschen, Waschmaschinen, Schließfächer und auch Kochgelegenheiten, um sich selbst zu verpflegen, und, ganz wichtig, es gibt auch Beratungsangebote und medizinische Hilfe. Tagsüber offen sind zum Beispiel die „Pflasterstub“, das Ferdinand-Weiß-Haus, die Notübernachtung in der Haslacher Straße, die auch tagsüber geöffnet bleibt, oder speziell für Frauen der FreiRaum. Außerdem ist das städtische Amt für Soziales und Senioren hier sehr aktiv und steht allen Betroffenen beratend zur Seite, vermittelt Wohnungen, kurzfristige Unterkünfte, arbeitet mit der Agentur für Arbeit zusammen und berät in allen sozialen und rechtlichen Fragen, damit es möglichst erst gar nicht zum Wohnungsverlust kommt.	Neutral - Solche Angebote gibt es schon: Die Pflasterstub, das Dreikönigshaus, das Ferdinand-Weiß-Haus und OFF sind als Rückzugsorte für erwachsene Obdachlose tagsüber geöffnet. Für Heranwachsende ist die Straßenschule die Anlaufstation.	Ja - Die Herausforderung Obdachlosigkeit ist kontinuierlich angewachsen, wurde aber seit Jahren kleingeredet. Ein Rückzugsraum in der Innenstadt ist notwendig, aber neben Räumlichkeiten benötigen wir auch eine soziale Betreuung für Betroffene.	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
37	Obdachlose Menschen sollen vom Platz der Alten Synagoge verwiesen werden.		Nein - Jeder darf sich in der Innenstadt aufhalten, wo er möchte. Dass man sich dabei an gewisse Regeln im Umgang miteinander hält, sollte selbstverständlich sein.	Nein - Viele Anlaufstellen für Wohnungslose Menschen befinden sich in der Innenstadt. Straßensozialarbeit findet, wenn die Sozialarbeiter*innen gesund sind und arbeiten können, ebenfalls in der Innenstadt statt. Von daher wäre es völlig widersinnig, obdachlose Menschen vom Platz der Alten Synagoge zu vertreiben.	Nein - Der Platz steht allen Menschen gleichermaßen zur freien Verfügung, solange sie sich anständig verhalten. Auch Obdachlosen. Es darf also nicht um eine „Verweisung“, sondern wenn überhaupt um passende Alternativen für Obdachlose gehen. Neben einer Unterkunft brauchen wir soziale Angebote.	
38	Das Projekt „Frauen-Nacht-Taxi“ soll ausgeweitet werden.		Neutral - Wir haben das Frauennachttaxi wieder eingeführt, um den Frauen einen sicheren Heimweg zu ermöglichen. Bevor wir das Angebot ausweiten, müssen wir erst einmal Bilanz ziehen. Nach vier Monaten ist es noch zu früh, Änderungen vorzunehmen.	Ja - Das Frauen-Nacht-Taxi soll so ausgeweitet werden, dass es telefonisch bestellt werden kann. Es darf nicht sein, dass die Frauen, die dieses Angebot nutzen wollen, in eine dunkle Nebenstraße nahe der Innenstadt gehen müssen, um dieses Angebot zur Steigerung ihrer Sicherheit in Anspruch nehmen zu können.	Ja - Ja, nach dem erfolgreichen Start macht ein individueller Ausbau Sinn!	
39	Bio-Schulessen soll an allen Freiburger Schulen von der Stadt bezuschusst werden.		Ja - Das wird bereits gemacht. Damit die Schülerinnen und Schüler gutes und gesundes Essen bekommen, muss auch bei jedem Essen ein gewisser Anteil der Lebensmittel aus biologischem Anbau kommen.	Ja - An allen staatlichen Schulen soll die Stadt das Schulessen bezuschussen, damit alle Schüler*innen die Chance auf ein gesundes und ausgewogenes Essen erhalten. Die Stadt soll dafür sorgen, dass das Essen in Bio-Qualität zur Verfügung steht.	Ja - Schulessen werden bereits bezuschusst. Bio-Produkte sollten hier stärker im Mittelpunkt stehen, aber ebenso regionale wie saisonale Nahrungsmittel.	
40	Die Gründung einer liberalen Moschee soll von der Stadt Freiburg unterstützt werden.		Neutral - Grundsätzlich sind wir als Stadt der religiösen Neutralität verpflichtet. Zudem gibt es derzeit in Freiburg noch keine liberale Gemeinde. Sollte dies aber irgendwann der Fall sein, sind wir natürlich zu Gesprächen bereit.	Neutral - Religion ist keine städtische oder staatliche Angelegenheit. Aber es spricht aus meiner Sicht auch überhaupt nichts gegen die Gründung einer liberalen Moschee in Freiburg.	Neutral - Die Möglichkeit, seine Religion auszuüben, ist Teil der vom Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit. Dies bezieht sich auf Christen genauso wie auch auf Muslime (und alle anderen Gläubigen) und muss städtisch garantiert sein. Im Falle der liberalen Moschee unterstütze ich eine offene Diskussion.	
41	Der/die Oberbürgermeister/in soll sich für die Einrichtung eines Konsumraums für drogenabhängige Menschen in Freiburg einsetzen.		Neutral - Aufenthaltsräume, saubere Spritzen und vor allem sozialtherapeutische Beratung und Hilfe bietet der Kontaktladen in der Rosastraße, für Konsumräume selbst fehlen in Baden-Württemberg die rechtlichen Grundlagen. Es gibt gute Argumente für und gegen solche Konsumräume. Auf jeden Fall ist es wichtig, drogenabhängige Menschen zu beraten, sie beim Ausstieg zu unterstützen und zugleich mit intensiver sozialer Betreuung und sauberen Spritzen Schadensminimierung zu betreiben.	Ja - Es wäre gut, wenn drogenkranke Menschen in Freiburg einen sicheren Raum hätten, in dem sie konsumieren können. Dadurch könnten die gesundheitlichen Risiken vermindert werden. In anderen Städten gibt es diese Räume, meist sind Unterstützungsangebote angeschlossen, so dass niederschwellig diese Menschen erreicht werden können.	Ja - Drogenabhängige Menschen benötigen eine Therapie und individuelle Hilfe, keine Verdrängung und Stigmatisierung. Ein Konsumraum mit hygienischen Bedingungen und Zugang zu sterilen Spritzen mindert die Infektionsgefahren. Entsprechende Beratung kann einen Weg ohne Drogen aufzeigen.	
42	Es soll ein Alkoholverbot an ausgewählten öffentlichen Plätzen geben.		Nein - Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen sind derzeit nicht notwendig. Die Situation in der Innenstadt hat sich deutlich verbessert, von daher besteht kein Bedarf an solchen Maßnahmen.	Nein - Eine lebendige Stadtgesellschaft muss sich nicht in hinter verschlossenen Türen verstecken. Der öffentliche Raum ist für alle Menschen da und kann und soll genutzt werden und darf das Leben in seinen verschiedenen Aspekten widerspiegeln. Verbote sollen nur da eingesetzt werden, wo es zum Schutze der Allgemeinheit oder zum Schutze Schwächerer absolut notwendig ist. Ein Alkoholverbot schränkt nicht Alkoholkonsum generell ein sondern nur den außerhalb von Gaststätten.	Nein - Ich finde pauschale Verbote nicht zielführend. Bei massiven Verstößen kann man ggf. über Maßnahmen nachdenken. Für mich hat Freiheit einen hohen Wert und ich appelliere an das individuelle Verantwortungsbewusstsein. Straftaten (auch unter Alkoholeinfluss) dürfen jedoch nicht akzeptiert werden.	
43	Das Spielen im Gedenkbrunnen auf dem Platz der Alten Synagoge soll verboten werden.		Nein - Ein respektvoller, dem historischen Ort angemessenes Verhalten ist mir wichtig, aber ich denke nicht, dass dies mit Verboten erreicht wird. Wenn Kinder hier spielen, habe ich kein Problem damit, für Erwachsene dagegen sollten Respekt und ein sensibler Umgang mit dem Thema selbstverständlich sein. Für alle, die nicht wissen, was während des Nationalsozialismus an diesem Ort geschehen ist, haben wir zwei Stelen aufgestellt, die klar und deutlich darüber informieren. Immer wieder kommt es auch vor, dass Bürgerinnen und Bürger sich gegenseitig „erziehen“ und bei unangemessenem Verhalten darüber informieren, welche Bedeutung der Brunnen hat.	Neutral - Der Platz der Alten Synagoge ist noch nicht fertig gestaltet – und gerade das Wasserbecken, das den Umriss der zerstörten Synagoge darstellt, muss noch fertig gestaltet werden. Mit mir als Oberbürgermeisterin wird der Dialog mit den jüdischen Gemeinden und den Nachkommen der Freiburger Jüdinnen und Juden ernsthaft geführt werden, um eine würdige Lösung für das Gedenken an die Synagoge finden zu können. Dazu gehört dann auch der Umgang mit dem Gedenkbecken und der Art der Informationen.	Neutral - Der Ort steht für ein dunkles Kapitel in Freiburgs Geschichte. Hieran muss erinnert werden! Allerdings bedeutet das nicht, dass Lebensfreude ausgegrenzt werden soll. Es ist wichtig, durch Hinweisschilder auf die Besonderheit des Platzes und seiner Geschichte hinzuweisen.	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
44	Diskotheken und Bars sollen keinen Sperrstunden unterliegen.		Neutral - Das ist weitgehend schon so. An Wochenenden ist nur zwischen 5 und 6 eine Sperrstunde, unter der Woche ab drei Uhr, dazu kann man als Gastronom Ausnahmegenehmigungen beantragen.	Ja - Die Sperrstunde widerspricht aus meiner Sicht grundsätzlich einem urbanen Selbstverständnis. Zudem führt das zeitgleiche Schließen der Bars und Diskotheken am Wochenende zu dem Problem, dass schlagartig viele Menschen in der Innenstadt zu nachtschlafender Zeit auf der Straße stehen. Hinzu kommt, dass in der Nacht von Samstag auf Sonntag eine Versorgungslücke beim Nachtverkehr der VAG existiert. Um 5 Uhr fährt hier keine Straßenbahn.	Ja - Freiburg ist die jüngste Stadt Deutschlands! Wir brauchen ein ansprechendes, buntes Nachtleben. Keine Frage, öffentliche Ruhestörungen sind nicht akzeptierbar. Aber eine Sperrstunde würde Lärm auf einen Schlag auf die Straße verlagern, das wäre kontraproduktiv!	
45	Die Amtsdauer des/der Oberbürgermeister*in von 8 Jahren soll verkürzt werden.		Nein - Dafür müsste die Gemeindeordnung in Baden-Württemberg geändert werden und das kann nur der Landtag. Prinzipiell halte ich die Amtszeit von 8 Jahren für angemessen, weil Projekte und Konzepte auf kommunaler Ebene sehr viel Zeit brauchen und deshalb eine kontinuierliche Arbeit sinnvoll ist.	Neutral - Es ist keine kommunale Entscheidung, wie lang die Amtsperiode der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters dauert.	Nein - Kommunale Prozesse benötigen oft relativ viel Zeit, daher ist eine achtjährige Amtszeit angemessen. Meiner Meinung nach sind zwei Amtszeiten jedoch ausreichend, das macht eine lebendige Demokratie aus.	
46	Zur Umsetzung des Stadtteils Dietenbach soll es einen Bürgerentscheid geben.		Nein - Angesichts der dringend benötigten Wohnungen in unserer wachsenden Stadt kann ich mir nicht vorstellen, dass die Bevölkerung den neuen Stadtteil Dietenbach ablehnt. Der Gemeinderat ist auch mit großer Mehrheit für den neuen Stadtteil. Schließlich werden sich die geplanten 5500 neuen Wohneinheiten im geförderten, preisgebundenen und frei finanzierten Miet- und Eigentumswohnungsbau dämpfend auf die Preise des Mietwohnungsmarkts auswirken.	Neutral - Nur, wenn die Bürger*innen der Stadt Freiburg diesen Entscheid wollen und herbeiführen. Im Moment wird diese Forderung hauptsächlich von Menschen aufgestellt, die Forderungen nach einem Zuzugsstopp für Freiburg oder Wohnraum nur noch für Freiburger*innen äußern. Eine Mauer um Freiburg ist mit mir aber nicht zu machen.	Nein - Der Gemeinderat hat als demokratisches Gremium mit überwältigender Mehrheit für Dietenbach gestimmt. Freiburg braucht dringend neuen, bezahlbaren Wohnraum. Nun geht's vor allem um die Frage WIE Dietenbach kommt. Meine Zielvorgabe: Bezahlbar, genügend Grünflächen, Räume für Begegnung und bunt gemischt.	
47	Wenn männliche Bademeister im Damenbad des Loretobads arbeiten, muss dies zuvor bekannt gemacht werden.		Ja - Im vergangenen Sommer hat die Bäderleitung immer darüber informiert, wenn männliches Personal im Frauenbad Aufsicht hatte. Diese Regelung wollen wir auch weiter beibehalten.	Ja - Das Damenbad im Loretobad ist für viele Frauen die Möglichkeit, unbeobachtet und fernab von männlichen Augen ein Schwimmbad zu besuchen. Es muss schon vor der Kasse angezeigt werden, wenn männliche Bademeister dort Dienst tun..	Ja - Im Loretobad sollten nach Möglichkeit nur weibliche Bademeisterinnen arbeiten, hierfür ist das Bad bekannt. Aufgrund von Personalmangel muss ab und an männliches Badepersonal eingesetzt werden. Wenn das der Fall sein sollte, muss es entsprechend kenntlich (Aushang+Durchsage) gemacht werden.	
48	Die Stadt soll in der Innenstadt Flächen für Urban Gardening (Gärtnern im öffentlichen Raum) zur Verfügung stellen.		Neutral - Wenn man in der Innenstadt geeignete Flächen dafür fände, spräche nichts dagegen.	Ja - Wir brauchen mehr Flächen, auf denen Artenvielfalt entstehen kann und die von vielen Menschen genutzt werden können. Dafür müssen auch in der Innenstadt Flächen gefunden und bereitgestellt werden.	Ja, wir brauchen mehr Grün in der Stadt!	
49	Die Städtepartnerschaft mit Isfahan im Iran soll beendet werden.		Nein - Ziel der Städtepartnerschaft mit Isfahan ist es, vorrangig die Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, zwischen Kulturgruppen, im Sport, in der Wissenschaft oder auf anderen Ebenen abseits der Rathäuser zu entwickeln. Die Kontakte zwischen Freiburg und Isfahan sind auf dieser Ebene so lebendig wie zu kaum einer anderen unserer Partnerstädte. Es haben schon über 30 Bürgerreisen stattgefunden, das zeigt das Interesse und die Neugier der Menschen. Es waren auch schon einige Bürgerinnen und Bürger aus Isfahan in Freiburg. Das hat viele Fenster aufgemacht, durch die wir nach Isfahan schauen können, aber die Menschen aus Isfahan auch zu uns. Zwischendurch hatte die Stadt den offiziellen Kontakt auf Eis gelegt, weil der damalige Präsident Hassreden gegen Israel gehalten hatte. Durch die Wahl des gemäßigeren Präsidenten sind die Kontakte auf offizieller Ebene wieder vorsichtig aufgenommen worden.	Ja - Die Städtepartnerschaft mit Isfahan muss auf Eis gelegt werden, solange im Iran Menschen zum Tod verurteilt werden, weil sie homosexuell sind und solange das Regime in regelmäßigen Abständen die Vernichtung des Staates Israel ankündigt. Dies bedeutet, dass keine städtischen Delegationen mehr nach Isfahan reisen sollen, solange dies der Fall ist. Für die Bürger*innenreisen bedeutet dies keine Veränderung.	Nein - Menschenrechtsverletzungen werde ich als OB nicht akzeptieren, auch nicht in einer Partnerstadt. Aber die Kooperation mit Isfahan ist viel zu wertvoll, als sie vorschnell zu beenden. Wir sollten die Partnerschaft nutzen und aktiv für Zusammenarbeit eintreten, um die Menschenrechtssituation zu verbessern.	

No	Frage	Meine Tendenz	Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	Wer mit am ehesten zusagt
50	Der/die Oberbürgermeister/in soll eine mindestens monatlich stattfindende Bürgersprechstunde einrichten.		Nein - Bisher habe ich es so gehandhabt, dass ich jedes Jahr in vier Stadtteilen zusammen mit den jeweiligen Bürgervereinen zu einem Bürgergespräch eingeladen habe. Diese Veranstaltungen sind immer sehr gut besucht und konstruktiv. Ansonsten bin ich jeden Tag in der Stadt präsent und ansprechbar. Im Wechsel mit Bürgermeisterkollegen und zu bestimmten Themen kann man auch das Angebot erweitern, zudem haben wir eine Bürgerberatungsstelle im Rathaus, die jeden Tag geöffnet hat.	Ja - Die Freiburger Bürger*innen müssen sich politisch einbringen können und mit ihren Anliegen Gehör finden. Dazu muss es in regelmäßigen Abständen eine Bürger*innensprechstunde geben.	Ja - Das fordere ich von Anfang an und werde ich einführen. Zudem möchte ich diese Sprechstunde rotierend immer in einem anderen Stadtteil anbieten, so dass ich als Oberbürgermeister in ganz Freiburg ansprechbar bin.	
51	Bürger*innen sollen bei der Erstellung des Haushalts miteinbezogen werden.		Ja - Seit zehn Jahren führen wir zu jedem Doppelhaushalt einen sogenannten Beteiligungshaushalt durch. Die online-Beteiligungsplattform ist verknüpft mit einer großen Bürgerumfrage, deren Ergebnisse in die Haushaltsberatungen der Fraktionen einfließen. Dieses erfolgreiche Verfahren findet Jahr für Jahr mehr Zuspruch und soll auch weiterhin so angeboten werden.	Ja - Es muss einen ernsthaften Beteiligungshaushalt geben, bei dem möglichst viele Freiburger*innen sich Gedanken machen, wofür die Stadt Geld ausgeben soll und wo Prioritäten gesetzt werden sollen.	Ja - Ich werde dem Gemeinderat vorschlagen, einen bestimmten Betrag pro Einwohner direkt den Stadtteilen zur Verfügung zu stellen. Dann können die Einwohner*innen in den Stadtteilen direkt entscheiden, wofür das Geld ausgegeben werden soll (Bürgerhaushalt).	
52	Auf dem Gelände des Westbads soll ein viertes Freiburger Freibad gebaut werden.		Ja - Die Verwaltung hat mit den Planungen eines neuen Außenbeckens bereits begonnen.	ja - Schon viel zu lange ist der Freiburger Westen ohne ein benutzbares Freibad beim Westbad. Die Stadt wird im Westen Freiburgs immer dichter bebaut, viele Familien mit Kindern wohnen dort. Schwimmbäder sind eine sehr sinnvolle Naherholungsmöglichkeit, gerade auch für Familien, die sich nicht leisten können, in Urlaub zu fahren.	Ja Das wird ja zum Glück wieder gerade geplant, weil sich die Mehrheit im Gemeinderat gegen den amtierenden OB durchgesetzt hat. Es war ein großer Fehler, das Freibad vor etwa 15 Jahren so kaputt gehen zu lassen. In einer wachsenden Stadt benötigen wir mehr Freizeitflächen, nicht weniger!	
53	Die Stadt Freiburg soll sich stärker dafür einsetzen, dass das neue Eisstadion bis 2024 fertig gebaut wird.		Ja - Das Projekt Eisstadion gehen wir in der Verwaltung jetzt an. Bisher fehlen aber noch Standort und Finanzierung. Das alte Stadion ist seit Jahren baulich hinüber. Deshalb ist es keine Frage, dass das neue Stadion kommen wird – mit zwei Eisflächen!	ja - Da die Winter nur noch selten so kalt sind, dass Eisflächen auf Seen in Freiburg und in erreichbarer Nähe zum Eislaufen frei gegeben werden können, brauchen wir die Eishalle für den Breitensport. Sie ist schon lange in kaum noch tragbarem Zustand, jetzt wird es höchste Zeit für einen Neubau. Für die Spiele der Wölfe müssen endlich wieder viele Zuschauer*innen zugelassen werden – seit Jahren ist dies ja aus Sicherheitsgründen wegen des baulichen Zustands der Eishalle nur eingeschränkt möglich.	Ja - Klares JA. Es geht nicht nur um die Profis vom EHC, sondern vor allem um die vielen Jugendspieler*innen, den Publikumslauf, die Eistanzer*innen und viele mehr, die dringend ein neues Eisstadion benötigen.	
Summe			Dieter Salomon	Monika Stein	Martin Horn	